

Soziale Situation contra Gleichstellungspolitik Abschied vom «Kollektivsubjekt Frau»?

Von Martin Senti (Bern)*

Die Ergebnisse zur AHV-Auffanginitiative in den Kantonen korrelieren sehr stark mit den Resultaten der Abstimmung über die 10. AHV-Revision. Die «Frauenrevision» führte 1995 in der Referendumsabstimmung nicht zum erwarteten geschlechtsspezifischen Abstimmungsverhalten, sondern zeigte vor allem Unterschiede zwischen den Landesteilen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Geschlecht auch bei der Entscheidung über die AHV-Auffanginitiative von zweitrangiger Bedeutung war. Der nachfolgende Artikel zeigt auf, warum es für eine institutionalisierte Frauenpolitik zunehmend schwierig werden könnte, sich interessenpolitisch zu artikulieren.

In der Debatte um Gleichheit und Differenz zwischen den Geschlechtern war eine erste wichtige Erkenntnis, dass das Geschlecht nicht nur eine biologische, sondern vor allem auch eine soziale, kulturelle Kategorie ist, was in der englischen Sprache auch in der Unterscheidung zwischen «sex» (biologisches Geschlecht) und «gender» (soziales Geschlecht) zum Ausdruck kommt. Nun weist aber gerade die soziale «gender»-Dimension nicht nur auf das Gemeinsame, sondern auch auf das Trennende zwischen Frauen hin: Die Betonung sozialer Elemente, die Frauen in bestimmten Situationen verbindet, trennt sie immer auch von Frauen in anderen Lebenslagen. So bringt denn auch eine differenzierte Analyse des Abstimmungsverhaltens von Frauen in gleichstellungspolitisch wichtigen Fragen zum Ausdruck, dass hier die jeweilige Lebenslage und damit die individuelle Betroffenheit das Abstimmungsverhalten jeweils wesentlich mitbestimmt, ja oft sogar wichtiger ist als die Geschlechtszugehörigkeit oder die parteipolitische Orientierung.

Spaltung der Frauen in 10. AHV-Revision

Ein Beispiel dieser unterschiedlichen sozialen Betroffenheiten unter den Frauen bildet die Referendumsabstimmung zur 10. AHV-Revision. Damals ging es gewissermassen um ein Tauschgeschäft Systemwechsel zum Splitting gegen Erhöhung des Frauenrentenalters. Eine statistische Sekundäranalyse der Vox-Erhebung bringt zum Ausdruck, dass erwerbstätige Frauen diese Revision signifikant weniger unterstützten als nicht-erwerbstätige. Mit anderen Worten: Für erwerbstätige Frauen wog der Nachteil einer Erhöhung des Rentenalters stärker als der Vorteil des Systemwechsels. Der Ausgang der Referendumsabstimmung zur 10. AHV-Revision wurde damit weniger vom klassischen Konflikt zwischen Links und Rechts bestimmt, wie das üblicherweise in sozialen Fragen der Fall ist, als vielmehr von individuellen Betroffenheiten unter den Frauen. Die

Zugehörigkeit zu einem politischen Block war innerhalb der Gruppe der Frauen kein nachweisbar signifikantes Merkmal der Abstimmungsentscheidung.

Dieses Ergebnis ist für eine Interpretation der Abstimmung über die AHV-Auffanginitiative vom Sonntag von grosser Bedeutung. Die Resultate beider Abstimmungen in den Kantonen korrelieren nämlich sehr stark miteinander. Dies lässt zwar noch keine Schlüsse auf das individuelle Abstimmungsverhalten zu, zeigt aber, dass die Rahmenbedingungen in etwa konstant geblieben sind. Auf Grund der Loslösung der Rentenalterentscheidung vom Systemwechsel wird die statistische Auswertung der Individualdaten im Rahmen der Vox-Analyse zwar vermutlich auch innerhalb der Gruppe der Frauen einen stärkeren Linkrechts-Konflikt ausweisen, als dies bei der 10. AHV-Revision der Fall war. Es kann aber mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass die Geschlechtszugehörigkeit erneut wenig bedeutend war. Ausgehend von der hier vertretenen Betroffenheitsthese, kann erwartet werden, dass die Initiative unter den Frauen wiederum eher die Erwerbstätigen angesprochen hat.

Dilemma für institutionelle Frauenpolitik

Soziale Differenzen unter den Frauen stellen die institutionelle Frauenpolitik generell vor ein Dilemma: Frauenpolitik verlangt einerseits ein Subjekt Frau, das sie repräsentieren kann, um überhaupt interessenpolitisch auftreten und mobilisieren zu können. Umgekehrt geht aber mit dem Festhalten an dieser Konstruktion eines Kollektivsubjekts Frau eine grundsätzliche Ignoranz gegenüber sozialen Differenzen innerhalb der Gruppe einher, was sich je nach Entscheidungsfrage negativ auf die Mobilisierung auswirken kann. Der gesellschaftliche Wandel wird künftig mit grosser Wahrscheinlichkeit die Unterschiede im politischen Verhalten zwischen den Geschlechtern weiter erodieren lassen, während sich soziale Unterschiede innerhalb der Frauenbasis stärker politisch bemerkbar machen werden.

* Martin Senti ist Politologin und arbeitet an der Universität Bern. Er ist Autor des Buches «Geschlecht als politischer Konflikt», Haupt, Bern 1994.